

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in den Geschäftsstellen und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,40 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. jährlich. Abrechnung: Die Postämter sind ersucht, die Abrechnung der Postbestellungen zu übernehmen. Die Postämter sind ersucht, die Abrechnung der Postbestellungen zu übernehmen. Die Postämter sind ersucht, die Abrechnung der Postbestellungen zu übernehmen.

Wilsdruff-Druckerei: Die Wilsdruff-Druckerei ist für den Druck des „Wilsdruffer Tageblattes“ verantwortlich. Die Wilsdruff-Druckerei ist für den Druck des „Wilsdruffer Tageblattes“ verantwortlich. Die Wilsdruff-Druckerei ist für den Druck des „Wilsdruffer Tageblattes“ verantwortlich.

Nr. 144. — 84. Jahrgang. — Wilsdruff-Druckerei Dresden. — Mittwoch, den 24. Juni 1925.

Italienische Spannungen.

Man hat das System Mussolinis in Italien schon recht oft als dem Untergang verfallend bezeichnet und es schien auch wirklich eine Zeitlang, als ob ihm die geeinigste Opposition aller nichtfaschistischen Parteien sehr ernsthafte Schwierigkeiten machen würde. Mussolini versuchte — es mag jetzt ein halbes Jahr her sein — auch, wenigstens etwas einzulenten, die Opposition, die sich dem Parlament fernhielt, wieder zur Rückkehr in das Gebäude auf dem Monte Citorio, der Abgeordnetenkammer, zu veranlassen. Das gelang ihm aber nicht und Mussolini schwenkte wieder in die politische Linie eines unbedingten Faschismus zurück. Er hat das damals anzutreffende sich auch gar nicht scheut und erklärt, er werde ganz besonders scharfe Maßnahmen der Beamtenschaft und der Presse gegenüber ergreifen. Er konnte diese Maßnahmen in gesetzlicher Form nicht durchführen, weil er ja über eine außerordentlich starke, ihm fast unbedingt folgende Mehrheit in Kammer und Senat verfügte. Nun sind diese Maßnahmen auch wirklich Gesetz geworden — man kann zu Mussolini politisch stehen wie man will: Mangel an Rücksichtlosigkeit, an schärfstem Durchgreifen, an unbedingtem Hinwegsehen über sogenannte bürgerliche Grundrechte, wird ihm niemand vorwerfen können. In dieser Art ist er der Gegensatz zum Kommunismus, wie dieser seine Ausprägung in Sowjetrußland gefunden hat und wie er sich auch in Italien im Jahre 1921 durchzusetzen versuchte. Recht wird eben das, was der Gewalt über als Recht zu formulieren und durchzusetzen in der Lage ist.

Die jegliche Annahme jener beiden Gesetze beweist aber vor allem, daß die Opposition gegen Mussolini ihre Stunde verstreut hat und dem Angriff ihres Gegners unterlegen ist. Diese Niederlage noch zu verfechten, hat nun Mussolini noch eine andere, ihm überaus erwünschte Gelegenheit geboten. Man hat vor kurzem, als Mussolini nicht unbedingt erkrankt war, sich über diese Frage eines eventuellen Nachfolgers unterhalten und dabei ist vor allem der Name Gabriele d'Annunzio gefallen. Ein vor kurzem veröffentlichtes Bild zeigte übrigens den „Duce“, den Herzog Mussolini, in traulicher Harmonie mit d'Annunzio, auf einem schwerarmierten Motorboot den Gardasee umfahrend. d'Annunzio hat ja den Italienern zum Eintritt Italiens in den Weltkrieg und damit die Ursache der italienischen Eroberung. Unter dem Druck Englands und Frankreichs hat Italien mit Jugoslawien den Vertrag von Rapallo (nicht zu verwechseln mit dem gleichnamigen deutsch-russischen) abgeschlossen, in dem Jugoslawien beinahe vollständig von einem Hasenteil — Porto Baros — verlor. Aus dieser Tatsache verstand Mussolini nun sehr geschickte Angriffsmöglichkeiten seinen Gegnern gegenüber auszunutzen. Er hat nämlich jetzt in der Kammer Mitteilung davon gemacht, daß die damalige Abtretung dieses Hasenteils auf Veranlassung des Außenministers Grafen Sforza erfolgt sei; dieser, ein Gegner und Verfechter, sei dafür verantwortlich zu machen, nicht er, Mussolini. Diese Angriffe des Ministerpräsidenten auf eine nicht nur politisch sehr hochstehende Persönlichkeit hat schon Aufsehen genug erregt, noch mehr allerdings dadurch, daß sie durch die — Verhaftung des Bruders des Grafen Sforza ergänzt wurde, da der Graf selbst in Frankreich weilte.

Nicht ganz ungegründet ist das Verhältnis des Faschismus zum Heiligen Stuhl in Rom. Mussolini selbst hat ja alles daran gesetzt, um mit der katholischen Kirche ein nicht nur freundschaftliches Verhältnis herbeizuführen, sondern darüber hinaus geradezu ein Bündnis abzuschließen. Die Wiedereinführung des Religionsunterrichts in den Schulen durchzusetzen, die ständige Betonung des christlichen Charakters der Volksschule, der energische Kampf namentlich gegen das in Italien seit 200 Jahren antikirchliche Freimaurertum liegen in dieser Linie. Mussolini hat mit seiner Politik nach dieser Richtung hin viel Erfolg gehabt; erschwert wurde sie aber durch die Tatsache, daß die Popolari-Partei — die etwa der deutschen Zentrumspartei entspricht — natürlich eine starke Förderung durch die kirchlichen Organisationen erfuhr. Sie ist aber antikirchlich, gehört der Opposition gegen Mussolini an, ist vielleicht sogar die Führerin in ihr. Es bedeutete ein großes Entgegenkommen des Papstes Mussolini gegenüber, daß der Vorsitzende der Popolari, Don Sturzo, der katholische Priester ist, angewiesen wurde, sein Parteiamt niederzulegen und völlig aus der Politik auszuschneiden. In einer ganzen Reihe von Ansprachen bei zahlreichen Gelegenheiten hat der Papst immer wieder betont, daß die Kirche mit der Parteipolitik nichts zu tun habe, hat das aber auch geäußert gegenüber den Bestrebungen auf dem rechten Flügel der Popolari, eine katholische, faschistenfreundliche Partei zu gründen. Trotzdem scheint die reinliche Scheidung zwischen kirchlichen Organisationen und Vereinen auf der einen Seite, den Parteioptionen auf der anderen Seite doch nicht klar durchgeführt zu sein, denn man hört immer wieder von faschistischen Anhängern auf katholische Vereinstreffen und Vereine, was dann damit begründet wurde, daß diese mit den verhassten Popolaren identisch seien. Auf Beschwerden von kirchlicher Seite hat Mussolini es zwar an Warnungen nicht fehlen

Lord Haldane über den Sicherheitspakt.

Eigener Fernsprechkreis des „Wilsdruffer Tageblattes“.
London, 23. Juni. Lord Haldane sprach gestern vor einer Versammlung von Mitgliedern des Klubs der 80 und des 1920-Klubs über die deutsch-englischen Beziehungen. Lord Haldane ging zuerst auf die Entstehungsgeschichte des Sicherheitspaktes ein und beleuchtete seine politische Bedeutung im Rahmen der englischen Nachkriegspolitik. Auch er sei der Ansicht, daß die gegenwärtige Lage in Europa durch die Ablehnung des Sicherheitspaktes zwischen England, Frankreich und den Vereinigten Staaten im Jahre 1919 entstanden sei. Er begrüßte die gegenwärtige Möglichkeit der Sicherung des europäischen Friedens, die die Hauptaufgabe der englischen Politik bilden müsse. Im Verlaufe seiner Ausführungen kam Haldane zu dem Ergebnis, daß vieles an dem deutschen Angebot noch unklar wäre und empfahl als Gesamteinstellung Vorsicht und Zurückhaltung gegenüber dem deutschen Angebot. In der darauffolgenden Diskussion machten sich zwei verschiedene Strömungen bemerkbar. Einige der Redner vertraten die französische Auffassung der europäischen Lage und wiesen auf die angebliden deutschen Gefahren hin. Diese Auffassung wurde aber von anderer Seite zurückgewiesen.

Die Unterredung des deutschen Botschafters mit Briand.

Paris, 23. Juni. Zu der Unterredung des deutschen Botschafters von Hoesch mit Briand liegt eine halbamtliche Radionote vor, in der gesagt wird, daß der Besuch des Herrn von Hoesch völlig unerwartet kam. Im Rahmen einer allgemeinen Unterhaltung habe Botschafter von Hoesch die Frage auf-

geworfen, ob Frankreich zu einer Politik der Verständigung und der Entspannung gegenüber Deutschland bereit sei. Briand habe nicht verfehlt, diese Zusicherung zu geben, wobei natürlich als Voraussetzung gelte, daß einer solchen Verständigung mit Deutschland die Achtung vor den bestehenden Verträgen zu Grunde liege. Am Quai d'Orsay habe man den Eindruck, daß Stresemann die Garantievertragsverhandlungen keineswegs abzubrechen wünsche.

Der deutsch-spanische Handelsvertrag.

Eigener Fernsprechkreis des „Wilsdruffer Tageblattes“.
Berlin, 23. Juni. Wie die Morgenblätter melden, ist der Austausch der Ratifikationsurkunden zu dem deutsch-spanischen Handelsvertrag am 21. dieses Monats in Madrid erfolgt.

Eine Proklamation der britischen Regierung in Hongkong.

Paris, 23. Juni. Nach einer Meldung aus Hongkong hat die britische Regierung in den Straßen der Stadt eine Proklamation angebracht, der zufolge nachstehende Maßnahmen beschlossen wurden: 1. Brief- und Telegrammzensur; 2. Durchsuchung der Gebäude und Wohnungen; 3. Ausfuhrverbot von Lebensmitteln, Gold- und Geldwerten ohne besondere Erlaubnis. Die britische Regierung hat ferner bekannt gegeben, daß sie den Schutz der Ausländer übernehme und wenn ein Beamter im Dienst getötet wird, den Hinterbliebenen eine Entschädigung von 225 Pfund Sterling gezahlt wird. Telegramme aus Shanghai zufolge ist die Schifffahrt vollkommen eingestellt. Sämtliche Kulis haben die Arbeit niedergelegt.

lassen, aber anscheinend immer noch nicht mit großem Erfolg. Denn das Amtsblatt des Vatikans, der „Observatore Romano“, veröffentlichte eine Ansprache des Papstes an Pilger aus Perugia, in der er Angriffe der Faschisten auf katholische Studenten in überaus eindringlicher Art verurteilt und daran die unumverständliche Mahnung knüpft, daß derartige Gewalttaten schon längst nicht mehr vorkommen dürfen, wenn sie nur pflichtgemäß verhindert und bestraft werden können.

Mussolini wird diese Mahnung zweifellos zu würdigen wissen, denn er hat Feinde genug, um es nicht riskieren zu können, es mit jenen zu verderben, die ihm gegenüber sich einer freundschaftlichen Neutralität bestreben. Dazu ist er viel zu viel Realpolitiker, der Phrasen gegenüber noch niemals Nachgiebigkeit bewiesen hat. Darin liegt seine Macht. Und zweifellos ist, daß für ihn die Zeit eines gewissen Schwankens, einer Unsicherheit und nicht unendlich gemeinten Nachgiebigkeit vorbei ist. Deswegen auch die starke Betonung der Gespanntheit der außenpolitischen Lage Italiens; nach aller erfolgreicher Gewohnheit wendet er die Wäde Italiens dahin, um im Innern feste und darum rücksichtslos ausgenutzte Bahn zu haben.

Überfall auf eine chinesische Gesandtschaft.

Ein politischer Mord.
Paris, 22. Juni.
Die chinesische Unabhängigkeitsbewegung hat gestern ihre Werten bis nach Paris geschlagen. Dort verübten etwa 100 in Paris ansässige Chinesen, unterstützt von französischen Kommunisten, einen Überfall auf das chinesische Gesandtschaftsgebäude, nahmen den Portier und einen Diener gefangen, drangen in das Arbeitszimmer des chinesischen Botschafters ein und zwangen ihn, nachdem alle Telefonleitungen durchschnitten waren, einige Schriftstücke zu unterzeichnen, unter denen sich auch ein Aufruf an die chinesischen Arbeiter, Studenten und Kaufleute gegen den Imperialismus der fremden Mächte befand. Ferner wurde an die „Republican Daily News“ ein Telegramm gerichtet, in dem den Chinesen in Shanghai die Sympathie ausgedrückt wird. Gleichzeitig wurde auch an den französischen Ministerpräsidenten ein Brief abgeschickt. Unter dem Zwange der Verhältnisse mußte der Botschafter

alle ihm vorgelegten Schriftstücke unterzeichnen. Als die von dritter Seite herbeigerufenen Polizei erschien, ergrieffen die Täter die Flucht, doch gelang es ihr, zwei an dem Überfall beteiligte Personen zu verhaften.

Der Überfall stellt einen Nachakt einiger Mitglieder der chinesischen Kolonie in Paris dar, da die Pariser Polizeibehörden auf Ersuchen des chinesischen Gesandten eine revolutionärsfreundliche chinesische Versammlung, die vor einigen Tagen dort stattfindend sollte, verboten hatten.

Umschlagreifen der Aufrührerbewegung.

London, 22. Juni.
Alle hier aus China eintreffenden Nachrichten lassen deutlich erkennen, daß sich der Aufstand in allen Teilen des Landes weiterhin ausdehnt. Die Fremdenbesetzungen sind zum Teil von Frauen und Kindern wieder verlassen worden. In Hongkong ist die Lage so ernst geworden, daß dort die Freiwilligen mobilisiert worden sind. Die Wut der Massen richtet sich nach wie vor gegen England, dessen Waren, besonders Tabakerzeugnisse, vollständig boykottiert werden. Wie groß der Haß gegen England ist, geht auch aus einer Entschliessung hervor, die Vertreter der Studenten in Peking gefaßt haben, und in der der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu England gefordert wird.

Chinesische Studienkommission in Deutschland.

In der Reichshauptstadt ist am Sonntag der Generalsekretär des chinesischen Präsidenten, General Hsu Shu-Feng, in Begleitung einer chinesischen Delegation, bestehend aus chinesischen Politikern, Militärs und Technikern, eingetroffen. Die Delegation, die auch vom Reichspräsidenten und der Reichsregierung empfangen werden wird, wird in Deutschland etwa 3-4 Wochen bleiben und u. a. Hamburg, Essen, München, Frankfurt und Leipzig aufsuchen.

Die Polizei hatte bei der Ankunft der Chinesen umfangreiche Vorsichtsmaßnahmen getroffen, da die in Berlin wohnenden Chinesen stark unter den Eindrücken der revolutionären Vorgänge in ihrer Heimat stehen. So veranlassen sie unter der Parole „China den Chinesen“ in Verbindung mit den Kommunisten in Berlin große Massenkundgebungen, auf denen sowohl chinesische wie deutsche Agitatoren auftraten.